



NIEDERSCHRIFT

14. Sitzung (IX. Wahlperiode) Hauptausschuss

Sitzungsdatum:
Donnerstag, 11.05.2017

Beginn:
18:00 Uhr

Sitzungsort:
**Ratssaal, Don-Bosco-Straße 6,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Jodblockade der Schilddrüse bei kerntechnischen Unfällen: IX/675
Warum?Wer?Wie?
Referent: Radiologe Prof. Freudenberg
4. Gemeinsamer Antrag der CDU und SPD Ratsfraktion vom IX/673
25.04.2017
5. Antrag von Anwohnern der Karl-Nöthen-Straße IX/679
6. Antrag zur Einführung einer Tempo-30-Zone in Korschenbroich- IX/680
Neersbroich, Rheydter Straße bis zum Ende
7. Anregung von Anwohnern aus Kleinenbroich IX/674
8. Neubestellung der Mitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt IX/676
Korschenbroich
9. Ausbildungsstellen für das Jahr 2018 IX/681
10. Vorlage des Controlling-Berichtes der Stadt Korschenbroich zum IX/677
15.04.2017 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen
11. Mitteilungen

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

14. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich vom 11.05.2017

Seite 2 von 14

12. Anfrage der FDP-Ratsfraktion vom 26.04.2017
hier: Erstellung einer eigenen Facebook-Seite der Stadt Korschenbroich IX/678

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Versetzung eines Beamten in den Ruhestand IX/682
2. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
3. Mitteilungen
4. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

14. Sitzung des Hauptausschusses Donnerstag, 11. Mai 2017, 18:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Venten, Marc

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter
Brieske, Reinhard
Holzenleuchter, Peter
Kauerz, Wolfgang
Krappa, Gerd
Lieser, Wolfgang
Roden, Erwin
Siegers, Thomas

SPD-Ratsfraktion

Fels, Peter-Josef
Jahny, Paul
Romann, Barbara
Wagemann, Frank

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar
Goebel, Jutta

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andretzky, Jochen
Houben, Wolfgang

FDP-Ratsfraktion

Wolf-Kluthausen, Hanne

Von der Verwaltung anwesend

Beigeordneter Stadtkämmerer Dückers, Thomas
Beigeordneter Onkelbach, Georg
Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus
Gleichstellungsbeauftragte Brieske, Angelika
Stadtinspektorin Kreuels, Carolin

Der Ausschussvorsitzende Marc Venten eröffnet die 14. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Auf Vorschlag der Verwaltung wird die Stadtinspektorin Carolin Kreuels einstimmig zur Fertigung dieser Niederschrift bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

**3. Jodblockade der Schilddrüse bei kerntechnischen Unfällen: Warum?Wer?Wie?
Referent: Radiologe Prof. Freudenberg**

Bürgermeister Marc Venten begrüßt den Radiologen Prof. Dr. Dr. Lutz S. Freudenberg, M.A., M.B.A., dankt ihm für seine Bereitschaft im Hauptausschuss zu referieren und übergibt ihm das Wort.

Prof. Dr. Dr. Lutz S. Freudenberg, M. A., M.B.A. dankt Bürgermeister Marc Venten für dessen freundliche Begrüßung und referiert zu dem Thema „Jodblockade der Schilddrüse bei kerntechnischen Unfällen – Warum? Wer? Wie?“ (Anlage 1).

Das Ausschussmitglied Wolfgang Lieser (CDU) erkundigt sich, warum hier kein Milchpulver verwendet werde, wie es in Polen der Fall war. Außerdem fragt er, ob es richtig sei, dass die Teilung der Jodtabletten schwierig ist.

Prof. Dr. Dr. Lutz S. Freudenberg, M. A., M.B.A. entgegnet, dass er den genauen Grund dafür, warum hier im Notfall Tabletten verwendet werden sollen, nicht kenne. Er vermute aber, dass dies mit der längeren Haltbarkeit der Tabletten zusammenhängen könne. Zu der Teilung der Tabletten führt er aus, dass man die Tabletten praktisch gesehen selbst teilen müsse. Wie man diese am besten teilt, wisse er nicht. Durch die Tabletten werde dem Körper das 500-fache des eigentlichen Bedarfs an Jod zugeführt. Wissenschaftlich sei nicht belegt, wie hoch das Jod dosiert werden muss, um einen Schutzeffekt zu erzielen. Auch die Angaben in der Tabelle seiner Präsentation seien wissenschaftlich nicht nachgewiesen.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) dankt dem Referenten für dessen Vortrag und fragt, ab welchem Zeitpunkt die Tabletten ausgegeben werden sollen.

Prof. Dr. Dr. Lutz S. Freudenberg, M. A., M.B.A. erklärt, dass eine zeitliche Planung schwierig sei und der Zeitpunkt zentral festgelegt werde. Es gebe Regeln dafür, ab welcher Höhe der Messwerte die Ausgabe der Tabletten erfolgen solle.

Das Ausschussmitglied Peter Berger (CDU) erläutert, dass der Rhein-Kreis Neuss die Verteilung der Jodtabletten nur an Einwohner unter 18 Jahre und Schwangere vorsehe und erkundigt sich, wo der Unterschied der Wirkung bei 18-Jährigen und 45-Jährigen sei.

Daraufhin erklärt Prof. Dr. Dr. Lutz S. Freudenberg, M. A., M.B.A., dass er persönlich es für sinnvoll erachte, Jodtabletten an Menschen bis 40 Jahre zu verteilen. Dieses Alter erachte auch die World Health Organisation (WHO) als sinnvoll. Es gebe aber zu wenig Daten, um genau sagen zu können, wie sich die Wirkung mit zunehmendem Alter verändert.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers fügt hinzu, dass die Jodtabletten nur vor einem Teil der radioaktiven Strahlungen schützen, deren Halbwertszeit eine Woche betrage. Dann sei die Wirkung von Jod-131 nicht mehr schlimm, die von anderen radioaktiven Strahlungen hingegen schon.

Prof. Dr. Dr. Lutz S. Freudenberg, M. A., M.B.A. bestätigt dies und ergänzt, dass die Halbwertszeit von Jod-131 acht Tage betrage.

Auf Nachfrage des Beigeordneten Stadtkämmerers Thomas Dückers erläutert Prof. Dr. Dr. Lutz S. Freudenberg, M. A., M.B.A., dass bei einer Vorverteilung der Tabletten das Problem der Verteilung zunächst gelöst sei, eine Vorverteilung aus seiner Sicht aber zwei wesentliche Probleme mit sich bringe. Es sei fraglich, ob die Menschen die Tabletten im Falle eines Atomunfalls direkt wiederfinden und es bestehe das Risiko einer falschen Einnahme der Tabletten. International gebe es verschiedene Modelle der Verteilung, bspw. solle über Kindergärten und Schulen verteilt werden. Man müsse jedoch in regelmäßigen Abständen von einigen Jahren immer wieder eine Verteilung der Tabletten vornehmen, da die Haltbarkeit der Tabletten zwischen drei und fünf Jahren liege. Die Frage der Vorverteilung befindet er abschließend für schwierig.

Das Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) meint, dass eine Gefahr dargestellt werde, die so nicht existent sei und es sich um Panikmache handele. Außerdem vertritt er die Meinung, dass die Tabletten an Schulen gelagert werden sollten.

Prof. Dr. Dr. Lutz S. Freudenberg, M. A., M.B.A. erklärt daraufhin, dass bspw. Autounfälle realere Risiken darstellen, welche die Gefahr eines Atomunfalls relativieren würden.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) unterstreicht, dass die Jodtabletten kein Allheilmittel seien und bei den maroden Atomkraftwerken nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“ bedeuten würden. Das Problem sei mit den Tabletten nicht gelöst, es dürfe kein falscher Eindruck bei der Bevölkerung erweckt werden.

Prof. Dr. Dr. Lutz S. Freudenberg, M.A., M.B.A. verweist für weitere inhaltliche Fragen auf die Links auf der letzten Seite seiner Präsentation.

Bürgermeister Marc Venten dankt Prof. Dr. Dr. Lutz S. Freudenberg, M. A., M.B.A. erneut herzlich für dessen Bereitschaft im Hauptausschuss zu referieren und befindet den Vortrag für sehr informativ. Er ist der Meinung, dass der Vortrag dazu beigetragen habe, die immer wiederkehrende Diskussion um die Verteilung von Jodtabletten in der Politik ein wenig klarer zu machen. Als Dank für den Vortrag überreicht Bürgermeister Marc Venten dem Referenten ein Präsent.

Das Ausschussmitglied Peter Berger (CDU) merkt an, dass die Politik nun schlauer sei, die Bevölkerung jedoch noch nicht. Er fragt, ob mit der Verteilung der Jodtabletten Informationsmaterial ausgegeben werde.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass eine solche Information fehle und keine Beilage oder ähnliches mit der Verteilung der Jodtabletten mitgegeben werde. Er finde es nicht richtig, dass die Verantwortung hierfür an die Kommunen abgegeben wurde und erwarte ein diesbezügliches Konzept des Landes NRW.

Das Ausschussmitglied Jutta Goebel (Die Aktive) erkundigt sich, ob ein zentraler Zeitpunkt für die Verteilung der Tabletten abgestimmt sei, was Bürgermeister Marc Venten damit beantwortet, dass der Zeitpunkt überregional bestimmt werden müsse. Die Aufgabe der Kommune sei es, die Tabletten im Notfall zu verteilen. Wann dieser Zeitpunkt sein wird, wisse er jedoch nicht.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers ergänzt, dass alles so weit vorbereitet werde, wie es möglich sei und dass die Verteilung über die Feuerwachen erfolgen solle, wo Adresslisten mit dem zum Erhalt der Jodtabletten Berechtigten Personen vorliegen.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) nimmt Bezug auf die Frage seiner Vorrednerin Jutta Goebel (Die Aktive) und fragt, ob bekannt sei, wer darüber informiert, wann eine Verteilung vorgenommen werden soll. Bürgermeister Marc Venten antwortet, dass die Organisationshoheit für die Verteilung bei den Kreisen liege und daher der Rhein-Kreis Neuss die entsprechenden Informationen verbreiten werde.

Nach der Meinung des Ausschussmitglieds Peter Holzenleuchter (CDU) entstehe eine solche Situation nicht plötzlich, sondern entwickle sich. Alle weiteren Behörden würden dann von den Bundesbehörden angewiesen.

Diese Einschätzung hält das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) für sehr optimistisch. Bei einem hypothetischen Reaktorunfall in Belgien wisse die Bevölkerung über soziale Netzwerke und Ähnliches spätestens innerhalb einer Stunde darüber Bescheid. Daher sei es erforderlich, dass die Frage der Verteilung im Vorfeld geklärt werde.

Auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Wolfgang Lieser (CDU) erläutert der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers, dass die Liste der Berechtigten jährlich aktualisiert werde und dass auch für Personen, die sich zu Besuchszwecken im Stadtgebiet aufhalten, ausreichend Tabletten vorhanden seien. Bzgl. der Informationsverbreitung über die Verteilung der Tabletten im Vorfeld eines Atomunfalls merkt er an, dass die Bevölkerung wöchentlich über verschiedene Informationskanäle auf die Verteilung hingewiesen werden müsste, da diese Information andernfalls wieder vergessen werde. Wie die konkrete Information aussehen werde, wisse er nicht. Er gehe aber davon aus, dass die Informationsverbreitung über den Rhein-Kreis Neuss erfolge.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) ist der Meinung, dass es transparente Katastrophenpläne geben müsse. Es gebe auch bei Unwettern die Möglichkeit diesbezügliche Informationen über entsprechende Apps zu verbreiten. Die Bevölkerung müsse im Falle eines atomaren Unfalls unbedingt darauf hingewiesen werden, dass die Häuser nicht verlassen werden sollten.

Bürgermeister Marc Venten äußert seinen Unmut darüber, dass die Aufgabe einfach an die Kommunen delegiert werde. Eine diesbezügliche Anfrage an die Bezirksregierung laufe derzeit über den Rhein-Kreis Neuss.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) findet, dass die Bevölkerung aufgeklärt werden müsse und schlägt vor dies im Rahmen von Informationsveranstaltungen an Schulen zu erreichen. Bürgermeister Marc Venten nimmt diesen Vorschlag auf.

Das Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) gibt zu bedenken, dass im Notfall der bürokratische Weg nicht eingehalten werden könne. Aus seiner Sicht seien kleinere Einheiten wie bspw. Schulen und Kindergärten besser zur Verteilung, welche Sache der Stadt sei, geeignet als Feuerwachen.

Bürgermeister Marc Venten äußert, dass er diese Meinung ausdrücklich nicht teile.

Auch das Ausschussmitglied Wolfgang Kauerz (CDU) sieht keinen Sinn in diesem Vorschlag zur Verteilung der Tabletten.

4. Gemeinsamer Antrag der CDU und SPD Ratsfraktion vom 25.04.2017

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) erläutert, dass die Verwaltung bereits über den Antrag, welcher zum Ziel habe, mehr Transparenz zu schaffen, informiert wurde.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) fragt, ob nach der angestrebten neuen Regelung auch der Personalaufwand aufgeführt werden solle.

Bürgermeister Marc Venten habe den Antrag so verstanden, dass nur zusätzliche Aufwendungen aufgeführt werden sollen.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) bekräftigt Bürgermeister Marc Venten in seiner Annahme und führt aus, dass Sachkosten sowie zusätzliche Personalkosten aufgeführt werden sollen, also die personellen Auswirkungen, die erheblich sind.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) erkundigt sich nach dem Unterschied der neuen Regelung gegenüber der bisherigen Praxis. Die Kosten werden seiner Ansicht nach bereits aufgeführt.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) erklärt, dass nur mehr Transparenz angestrebt sei und die Vorlagen übersichtlicher gestaltet werden sollen.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt sich dazu bereit, in Sitzungsvorlagen darzustellen, wie sich Maßnahmen auf den konkreten Haushalt auswirken werden.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass auch andere Städte, wie bspw. Kaarst, die Kosten ebenfalls gesondert aufführen würden. Er schlägt außerdem vor, den Antrag erst mit der Umstellung auf ein neues Ratsinformationssystem umzusetzen, da die Übernahme des neuen Punktes in das aktuelle System PV-Rat mit erheblichem Aufwand verbunden sei.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass besonders im Liegenschaftsausschuss die tatsächlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt bzw. die Bilanz interessant wären. Hierfür sei der Buchwert der Grundstücke notwendig, sonst sei die Information wertlos.

Bürgermeister Marc Venten schlägt erneut vor, die Umsetzung des Antrags erst mit der Umstellung auf ein neues Ratsinformationssystem vorzunehmen, woraufhin das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) meint, dass SPD und CDU sich über den Zeitpunkt der Umsetzung ihres Antrags Gedanken gemacht haben müssen.

Nach der Meinung des Ausschussmitglieds Thomas Siegers (CDU) mache es Sinn, die Änderung bei der Umstellung auf das neue Ratsinformationssystem zu übernehmen.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach weist darauf hin, dass es im Umlegungsausschuss auch mit der Änderung weiterhin keine Vorlagen geben werde und diese nur in den Sitzungen mündlich vorgetragen werden.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, warum die Information über die finanziellen Auswirkungen denn nicht schriftlich festgehalten werden solle.

Nach der Meinung des Ausschussmitglieds Paul Jahny (SPD) spreche nichts dagegen. In Vorlagen für die Ratssitzungen könne die Information aufgenommen werden. Bzgl. des Termins sei es wünschenswert die Änderung so schnell wie möglich umzusetzen, es mache jedoch aus seiner Sicht keinen Sinn diese noch in PV-Rat aufzunehmen.

Beschluss-Nr. IX/673	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beschließt, dass zukünftig alle Beschlussvorlagen um Angaben zu den finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt des laufenden Jahres und der Folgejahre, soweit bezifferbar, zu ergänzen sind.	

5. Antrag von Anwohnern der Karl-Nöthen-Straße

Der Beigeordnete Georg Onkelbach schlägt vor, den Antrag an den Ausschuss für Bau und Verkehr zu verweisen, da die Thematik für den Hauptausschuss zu tiefgehend sei. Es habe bereits ein Gespräch mit den Anliegern stattgefunden. Der Inhalt des Antrags sei so nicht umsetzbar, sodass der Beigeordnete Georg Onkelbach weitere Gespräche für notwendig erachtet.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) befürwortet den Vorschlag des Beigeordneten Georg Onkelbach den Antrag an den Bauausschuss zu verweisen und erachtet einen Ortstermin für die Entscheidung in der Sache ebenfalls als sinnvoll.

Beschluss-Nr. IX/679	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beschließt auf Vorschlag der Verwaltung den Antrag der Anwohner der Karl-Nöthen-Straße, die vorhandenen Parkplätze beizubehalten und nicht neu einzuteilen, an den Ausschuss für Bau und Verkehr zu verweisen.	

6. Antrag zur Einführung einer Tempo-30-Zone in Korschenbroich-Neersbroich, Rheydter Straße bis zum Ende

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass es sich auch bei diesem Antrag inhaltlich um eine Angelegenheit des Bauausschusses handele und schlägt daher vor, diesen ebenfalls an den Ausschuss für Bau und Verkehr zu verweisen.

Beschluss-Nr. IX/680	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beschließt auf Vorschlag der Verwaltung den Antrag zur Einführung einer Tempo-30-Zone in der Rheydter Straße in Korschenbroich-Neersbroich an den Ausschuss für Bau und Verkehr zu verweisen.	

7. Anregung von Anwohnern aus Kleinenbroich

Auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Jutta Goebel (Die Aktive) erläutert der Beigeordnete Georg Onkelbach, dass die Anwohner der Karl-Arnold-Straße und der Kurt-Schumacher-Straße eine Veränderung der Verkehrssituation auf der Gartenstraße anregen, da die Gartenstraße eine Ringstraße sei, welche sehr schmal und teilweise beidseitig beparkt sei. Das Problem sei, dass sich dort eine Arztpraxis befinde und die Patienten häufig auf der Gartenstraße aufgehalten werden, was diese störe.

Er sehe beide Vorschläge der Anwohner kritisch, da seiner Ansicht nach die Umsetzung beider Vorschläge zu einem Fahren mit überhöhter Geschwindigkeit führen würde. Er fügt hinzu, dass in solchen Fällen nahezu überall die Dienstaufsichtsbehörde involviert sei, da niemand der Anwohner irgendetwas akzeptiere. Hinzu käme, dass die Autos nicht komplett verschwinden. Bei einem Halteverbot auf der Gartenstraße würden die dort geparkten Autos auf einer anderen Straße abgestellt werden, so dass dort ein Halteverbot erforderlich würde. Weiterhin lädt der Beigeordnete Georg Onkelbach alle Fraktionen zu den noch zu führenden Ortsgesprächen ein, welche er mittlerweile als nahezu sinnlos erachtet, da diese seiner Meinung nach die Situationen meist verschlimmern.

Beschluss-Nr. IX/674	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beschließt auf Vorschlag der Verwaltung den Antrag zur Einführung einer Einbahnstraße oder eines Halteverbots auf der Gartenstraße in Korschenbroich-Kleinenbroich an den Ausschuss für Bau und Verkehr zu verweisen.	

8. Neubestellung der Mitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt Korschenbroich

Der Beigeordnete Georg Onkelbach weist darauf hin, dass die Wahlzeit der Mitglieder nicht gegen deren Willen verkürzt werde, sondern sich alle damit einverstanden erklärt haben.

Bürgermeister Marc Venten schlägt vor, über alle Neubesetzungen gemeinsam abzustimmen, was auf Zustimmung stößt.

Beschluss-Nr. IX/676	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
-----------------------------	---

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich folgenden Beschluss:
Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt mit Wirkung zum 01.07.2017 folgende Um-
setzung/Neubesetzung von Mitgliedern des Umlegungsausschusses:

Vorsitzender

Kreisdirektor Ingo Schabrich, Straelen wird für weitere fünf Jahre als Vorsitzender bestellt.

Stellv. Vorsitzender

Ltd. Kreisrechtsdirektor Stefan Heithoff, Grevenbroich wird für weitere fünf Jahre als stellv. Vorsitzender bestellt.

Vermessungssachverständiger

Für den 2016 ausgeschiedenen Kreisobervermessungsrat a.D. Ekkehard Maluche, Jüchen wird sein bisheriger Stellvertreter Kreisvermessungsdirektor Armin von Hagen, Jüchen als Vermessungssachverständiger bestellt.

Stellv. Vermessungssachverständiger

Für den bisherigen stellv. Vermessungssachverständigen Kreisvermessungsdirektor Armin von Hagen, Jüchen wird der bisherige Bewertungssachverständige Ltd. Kreisvermessungsdirektor a.D. Lorenz Müller, Neuss bestellt.

Bewertungssachverständiger

Für den bisherigen Bewertungssachverständigen Ltd. Kreisvermessungsdirektor a.D. Lorenz Müller, Neuss wird seine bisherige Stellvertreterin Kreisvermessungsamtsrätin Kathrin Richartz Perez, Essen bestellt.

Stellv. Bewertungssachverständige

Für die bisherige stellv. Bewertungssachverständige Kreisvermessungsamtsrätin Kathrin Richartz Perez, Essen wird Kreisvermessungsrat Jürgen Kreiten, Grefrath neu bestellt.

9. Ausbildungsstellen für das Jahr 2018

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Sitzungsvorlage.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Frank Wagemann (SPD), dass vorausschauend geplant und bedarfsgerecht ausgebildet werde.

Beschluss-Nr. IX/681	Abstimmungsergebnis:	18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen								
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschließt, für das Jahr 2018 folgende Ausbildungsstellen anzubieten:</p> <table style="margin-left: 40px;"> <tr> <td>1 Ausbildungsstelle</td> <td>Inspektoranwärterin / Inspektoranwärter</td> </tr> <tr> <td>1 Ausbildungsstelle</td> <td>Verwaltungsfachangestellte / Verwaltungsfachangestellter</td> </tr> <tr> <td>1 Ausbildungsstelle</td> <td>Bauzeichnerin / Bauzeichner</td> </tr> <tr> <td>1 Ausbildungsstelle</td> <td>Kanalbauer (w/m)</td> </tr> </table>			1 Ausbildungsstelle	Inspektoranwärterin / Inspektoranwärter	1 Ausbildungsstelle	Verwaltungsfachangestellte / Verwaltungsfachangestellter	1 Ausbildungsstelle	Bauzeichnerin / Bauzeichner	1 Ausbildungsstelle	Kanalbauer (w/m)
1 Ausbildungsstelle	Inspektoranwärterin / Inspektoranwärter									
1 Ausbildungsstelle	Verwaltungsfachangestellte / Verwaltungsfachangestellter									
1 Ausbildungsstelle	Bauzeichnerin / Bauzeichner									
1 Ausbildungsstelle	Kanalbauer (w/m)									

10. Vorlage des Controlling-Berichtes der Stadt Korschenbroich zum 15.04.2017 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers geht kurz auf die Sitzungsvorlage ein.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) erkundigt sich, wie hoch die Einnahmen aus der Verzinsung innerhalb des Cash-Pooling seien, woraufhin der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert, dass die erste Abrechnung zum Berichtszeitpunkt noch nicht vorgelegen habe und die Einnahmen auf 15.000 EUR / Jahr schätze. Er sichert zu, diese Informationen für das Protokoll nachzureichen.

(Anmerkung der Verwaltung: Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers teilt mit, dass aus den in Rechnung gestellten Konditionen Erträge in Höhe von rund 16.000 EUR erwartet werden.)

Das Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) fragt, ob der Wechsel zur Diakonie nicht vermeidbar gewesen sei und was der Satz „Für die Stadt bleibt insofern ein jährliches (überschaubares) Minus“ auf Seite 5 des Controlling-Berichtes unter 502200 – Beiträge zu Versorgungskassen für tarifl. Beschäftigte bedeute.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert daraufhin, dass der Ausgleich an die Diakonie gezahlt werde, weil dies eine Verbesserung gegenüber der Leistung einer Abstandszahlung darstelle. Bzgl. der zweiten Frage des Ausschussmitglieds Peter Josef Fels (SPD) sichert der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers zu, die Antwort nachzureichen.

(Anmerkung der Verwaltung: Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers teilt mit, dass sich das Minus jährlich auf knapp 4.000 EUR beläuft.)

Das Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) äußert, dass dieses Vorgehen seiner Meinung nach unwirtschaftlich und nicht richtig sei, woraufhin der Beigeordnete Stadtkämmerer

Thomas Dückers erwidert, dass es grundsätzlich richtig sei, wirtschaftlich zu handeln und man sich auch an diesen Grundsatz gehalten habe. Ohne den gefundenen Kompromiss hätte noch mehr gezahlt werden müssen.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) bezieht sich auf das Projekt „Gute Schule 2020“, welches auf Seite 7 des Controlling-Berichtes behandelt wird, und erklärt, dass die umliegenden Kommunen die diesbezügliche Planung bereits abgeschlossen hätten.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass die Planungen in Korschenbroich noch nicht abgeschlossen seien und es auch keinen genauen Termin hierfür gebe, da kein zeitlicher Druck bestehe. Darüber hinaus hätten die anderen Kommunen mehr Personal in den entsprechenden Bereichen.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach teilt auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Peter Josef Fels (SPD) mit, dass die Immobilie Wankelstraße 19 an ein Privatunternehmen vermietet sei, was zusätzliche Einnahmen für den Haushalt bedeute.

Das Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) merkt kritisch an, dass im Controlling-Bericht unter dem Punkt C. Ausblick eine „Trendwende“ bzgl. der Kassenkredite nicht in Aussicht gestellt werde.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass die Kassenkredite steigen, wenn der Haushalt nicht ausgeglichen ist.

Bürgermeister Marc Venten bekräftigt diese Aussage und fügt hinzu, dass der Haushalt ab dem Jahr 2018 ohnehin ausgeglichen sein müsse.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) ergänzt, dass die Kassenkredite auch bei der Schuldentilgung weiter zunehmen werden.

Beschluss-Nr. IX/677	
Der Hauptausschuss nimmt den Controlling-Bericht der Verwaltung zum 15.04.2017 zur Kenntnis.	

11. Mitteilungen

- a) Der Beigeordnete Georg Onkelbach teilt mit, dass die Deutsche Telekom Technik GmbH in Pesch ein Telekommunikationskabel oberirdisch verlegen wolle, was der Fachausschuss abgelehnt habe. Die Deutsche Telekom Technik GmbH habe nun Widerspruch gegen diesen Beschluss eingelegt und mit einer Klage gedroht. Man habe den Vorgang durch einen Anwalt prüfen lassen, welcher nun von einer Verhandlung abrate, da er keine Chance sehe diese zu gewinnen. Der Anwalt empfehle, auf den Widerspruch der Deutschen Telekom Technik GmbH die beantragte Zustimmung zu der Verlegung der oberirdischen Telekommunikationslinie entsprechend dem gestellten Antrag zu erklären. Der Beigeordnete Georg Onkelbach erklärt, dass somit demnächst wieder Leitungsmasten in den Feldern stehen werden.
- b) Der Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen referiert über den aktuellen Entwicklungsstand des eGovernments (Anlage 2).

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich, ob in der Leistungsbeschreibung der Ausschreibung für ein neues Ratsinformationssystem eine App vorgesehen sei und wenn ja, welches Betriebssystem hierfür notwendig wäre.

Der Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen erklärt, dass eine App Teil des Anforderungsprofils sei. Das Betriebssystem sei dabei egal, tatsächlich könne man jedoch nur iOS supporten.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass alles Weitere diesbezüglich noch besprochen werde.

12. Anfragen

a) Anfrage der FDP-Ratsfraktion vom 26.04.2017

hier: Erstellung einer eigenen Facebook-Seite der Stadt Korschenbroich

- a) Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) möchte wissen, was nach dem Testbetrieb der Facebook-Seite des Kulturamtes dazu und zu einer eigenen Facebook-Seite der Stadt Korschenbroich zu sagen ist.

Bürgermeister Marc Venten teilt mit, dass die Facebook-Seite des Kulturamtes seit Ende April ca. 300 Tage am Netz sei, es bisher 274 Abonnenten gebe und die Reichweite 1.000 Personen betrage, diese im Einzelfall aber auch höher sein könne.

Das Ausschussmitglied Barbara Romann (SPD) erklärt auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Peter Josef Fels (SPD), dass man sich Facebook wie eine Art Zeitung vorstellen könne und jeder Artikel im Durchschnitt 1.000 Personen erreiche.

Bürgermeister Marc Venten führt weiter aus, dass der Aufwand für die Facebook-Seite des Kulturamtes gering sei, da fast ausschließlich Veranstaltungshinweise veröffentlicht werden, für die das Layout bereits vorhanden sei, sodass nur noch die entsprechenden Dateien hochgeladen werden müssten. Auch der Vorlauf sei wenig aufwendig gewesen, eine Schulung der VHS habe ausgereicht.

Eine eigene Facebook-Seite der Stadt Korschenbroich sei mit der Facebook-Seite des Kulturamtes nicht vergleichbar. Man könne die ohnehin vorhandenen Presseartikel hochladen, so etwas würde auf Facebook jedoch nicht funktionieren, da die Artikel zu lang seien. Man müsse also alles modifizieren, sodass verschiedene Artikel für die Homepage und Facebook verfasst werden müssten.

Darüber hinaus sei Facebook ein sehr schnelllebiges Medium, sodass die Sicherstellung einer schnellen Reaktion auf Kommentare oder Nachrichten erforderlich sei. Da auf der Facebook-Seite des Kulturamtes keine Kommunikation stattfindet, sei dies ein zusätzlich zu beachtender Faktor. Eine schnelle Reaktion sei für eine Seite der Gesamtverwaltung nicht zu leisten, da man in dem entsprechenden Bereich trotz der zuletzt erfolgten Aufstockung personell sehr dünn aufgestellt sei. Die Stadt Kaarst habe bspw. fünf bis sechs Mitarbeiter, die nur für den Betrieb der Facebook-Seite zuständig seien. Bei der Gemeinde Jüchen, die personell ähnlich besetzt sei wie Korschenbroich, lägen mind. drei bis fünf Tage zwischen den einzelnen Beiträgen, welche im Wesentlichen nur Veranstaltungshinweise seien.

Insgesamt hält Bürgermeister Marc Venten den Betrieb einer eigenen Facebook-Seite der Stadt Korschenbroich ohne Personalaufstockung für nicht möglich.

Auf weitere Nachfrage des Ausschussmitglieds Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) verweist Bürgermeister Marc Venten auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

- b) Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) fragt, wann die Glasfaser die Bürger über ihr weiteres Vorgehen informieren wolle.

Bürgermeister Marc Venten kann diese Frage nicht beantworten, versichert jedoch, dass die Glasfaser seitens der Verwaltung wiederholt darauf aufmerksam gemacht werde, dass das Unternehmen bürgerfreundlicher arbeiten müsse.

- c) Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich nach der zunächst schleppenden Zustellung der Briefwahlunterlagen und danach, ob diese Problematik geklärt sei.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert, dass bisher 40 Beschwerden über nicht erhaltene Briefwahlunterlagen vorgetragen, jedoch nur elf Ersatzanträge gestellt worden seien. Er gehe daher davon aus, dass die Problematik bis zum Wochenende geklärt sei. Die Ersatzanträge seien durch den städtischen Botendienst zugestellt worden.

Auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) sichert der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers zu, zu klären, inwieweit ein Regressanspruch gegen den Postdienstleister bestehe und ob diesem die Ersatzzustellung in Rechnung gestellt werden könnte.

- d) Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) erkundigt sich nach dem Sachstand der Feuerwache Pesch. Sie habe diesbezüglich eine E-Mail erhalten.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach habe dem Beschwerdeführer auf dessen E-Mail geantwortet und seine Antwort dem gesamten Verteiler zukommen lassen. Die Diskussion sei ohnehin völlig verfrüht, da noch keine Entscheidung zum Standort der Feuerwache Pesch getroffen sei. Bei der Entscheidung für den in Rede stehenden Standort müsse ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Der Beigeordnete Georg Onkelbach betrachte die E-Mail als vorerst erledigt, da er keine Antwort von Herrn Sack erhalten habe.